

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

43. Jahrgang / 53

17. März 1988

Dr. Alfred Emmerlich MdB
zum Versuch, den Fall
Mauss der parlamentari-
schen Kontrolle zu entzie-
hen: Auf gefährlichem
Weg.

Seite 1

Karl-Heinz Mihr MdEP un-
terbreitet einen Vorschlag
zum Abbau der Massenar-
beitslosigkeit: Alle Über-
stunden in Freizeit abgel-
ten!

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann
MdL zum Umgang der CSU
mit den Grünen: Schizo-
phrenie mit Modellcharak-
ter.

Seite 4

Dokumentation
Der Kieler SPD-Fraktions-
vorsitzende, Björn Eng-
holm, betonte auf einer
Veranstaltung über deutsch-
deutsche Städtepartner-
schaft in Lübeck das Erfor-
dernis, den Entspannungs-
und Abrüstungsprozeß fort-
zusetzen. Auszüge seiner
Rede

Seite 5

Auf gefährlichem Weg

Zum Versuch, den Fall Mauss der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Was der Privatdetektiv Mauss mit Hilfe des Bundeskriminalamtes derzeit vor dem Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtages inszeniert, erinnert an eine Schmierkomödie und absurdes Theater.

Es ist aber mehr als das, nämlich der Versuch, das verfassungsrechtlich gewährleisteteste Untersuchungsrecht des niedersächsischen Landtages auszuhebeln.

Die Drahtigkeit, mit der das geschieht, stellt eine Verhöhnung des Untersuchungsausschusses und damit des gesamten niedersächsischen Landtages dar.

Das Bundeskriminalamt weigert sich, dem Untersuchungsausschuß die Anschrift des Zeugen Mauss mitzuteilen. Der Zeuge Mauss hat seit Monaten mit Rückendeckung des Bundeskriminalamtes dem Untersuchungsausschuß rechtswidrige Bedingungen für eine Vernehmung gestellt. Nachdem er nun endlich zu einem Vernehmungstermin gekommen ist, machen Mauss und seine Anwälte - man höre und staune - ihre Zustimmung zu einer zweiten „Vernehmung“ vom Presseecho über die erste Vernehmung abhängig.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollem Recycling-
Papier



Vor dem Untersuchungsausschuß hat Mauss die Aussage weitgehend verweigert und sich dabei darauf berufen, daß ihm das Bundeskriminalamt insoweit keine „Ausagegenehmigung“ erteilt habe. Als wenn eine Privatperson wie Mauss, nur weil er Versicherungsdetektiv und zugleich auch sogenannter „V-Mann“ des Bundeskriminalamtes, diverser Landeskriminalämter, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und auch von Verfassungsschutzbehörden der Länder war, wie ein Beamter der Ausagegenehmigung seines Dienstvorgesetzten bedürfte.

Das alles wirkt umso makabrer, als Mauss entgegen der Angabe der genannten staatlichen Stellen, nach wie vor, nach seiner Darstellung, noch Kontakte zu diesen unterhält. Makaber insbesondere auch deshalb, weil hinsichtlich einer sogenannten Algerienaktion, unter Beteiligung von Mauss, bei der es zu einem Mordanschlag gekommen sein soll, das Land Niedersachsen und das Bundeskriminalamt sich wechselseitig die Verantwortung dafür zuschieben.

Es wird immer offenkundiger, daß sich die Behörden der Polizei und des Verfassungsschutzes, die Mauss eingesetzt haben, und ihn nach wie vor decken, auf einem gefährlichen Weg befinden: Sie wollen ihr Handeln im Fall Mauss nicht nur der öffentlichen und auch der justiziellen, sondern sogar der parlamentarischen Kontrolle entziehen.

Es ist an der Zeit, daß die für diese Herrschaften zuständigen Regierungen endlich eingreifen, um diesen Versuch, einen Staat im Staate zu bilden und sich aus der Bindung an Recht und Gesetz herauszulösen, endgültig zu beenden.

(-/17.3.1988/rs/ks)

* * *

Alle Überstunden in Freizeit abgelten!

Ein Vorschlag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit

Von Karl-Heinz Mühr MdEP
VW-Betriebsratsvorsitzender in Kassel

In den sechs inländischen Volkswagenwerken besteht eine tarifliche Regelung, nach der der einzelne Mitarbeiter bestimmen kann, ob er sich bereits die ersten zehn Überstunden im Monat bezahlen läßt oder ob er sie in Freizeit entnehmen möchte. Ab der elften Mehrarbeitsstunde muß generell Freizeit genommen werden. Im letzten Jahr sind nach dieser Regelung 53 Prozent aller Überstunden in Freizeit entnommen worden. Dadurch sind 1.200 Arbeitsplätze entstanden beziehungsweise gesichert worden.

Hätte man alle Überstunden tarifvertraglich zwingend in Freizeit abgegolten, so wären bei VW weitere 1.000 Arbeitsplätze entstanden. Im Werk Kassel sind sogar 85 Prozent aller Überstunden in Freizeit entgolten worden, so daß hier rund 400 Arbeitsplätze entstanden.

Rechnet man die VW-Erfahrung auf das gesamte Bundesgebiet hoch, so könnten durchaus 800.000 bis eine Million Arbeitslose zusätzlich beschäftigt werden. Im Bundesgebiet werden jährlich 1,4 Milliarden Überstunden geleistet.

Ich warne davor, die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung ausschließlich akademisch zu führen, weil kein Arbeitgeberverband, keine Gewerkschaft und kein Politiker einen Arbeitgeber - auch nicht im öffentlichen Bereich - zwingen kann, neue Planstellen zu schaffen und Leute einzustellen.

In den Tarifverhandlungen, an denen ich als Verhandlungspartner seit über 20 Jahren teilgenommen habe, sind bisher immer jeder Urlaubstag, jede bezahlte Erholzeitpause und auch jede Arbeitszeitverkürzung auf die zur Verfügung stehende Lohnsumme beziehungsweise mögliche Lohnerhöhung angerechnet worden.

Die sich immer mehr ausweitende theoretische Diskussion ist für die Arbeitnehmer nur deshalb noch zu ertragen, weil wir wissen, daß die meisten derer, die sich in den letzten Tagen zu Wort gemeldet haben, nicht an praktischer Tarifgestaltung teilnehmen.

(-/17.3.1988/rs/ks)

Schizophrenie mit Modellicharakter

Zum Umgang der CSU mit den Grünen

Von Karl-Helz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der Duden definiert den Begriff „Schizophrenie“ als „Bewußtseinspaltung, Spaltungsirresein“. Somit trifft dieses wichtige Nachschlagewerk exakt den Zustand der Christlich-Sozialen Union in Bayern, was ihr Verhältnis zur Partei der Grünen betrifft. Ich möchte dies im Detail belegen:

Es gibt einen Beschluß des bayerischen Kabinetts, grüne Mandatsträger von offiziellen Anlässen der Bayerischen Staatsregierung auszusperrn. Dieser Beschluß war erst vor wenigen Tagen Gegenstand einer scharfen Auseinandersetzung zwischen CSU und SPD im Bayerischen Landtag geworden. Vizepräsident Helmut Rothmund hat zu Recht auf den Verfassungsgrundsatz der Indemnität verwiesen, wonach kein Abgeordneter wegen seiner Abstimmung gerichtlich, dienstlich oder sonstwie außerhalb der Versammlung des Landtags zur Verantwortung gezogen werden darf.

Die Staatsregierung verweigert sich nach wie vor, wenn es um die Einladung von grünen Abgeordneten zu Staatsakten geht. Beispiele auch aus der letzten Woche belegen dies. Und die CSU im Landtag hat ein letztes Maß an Selbstachtung aufgegeben, um Strauß und seinem Kabinett zu Gefallen zu sein. Die „Sippenhaft“, die die Staatsregierung betreibt, geht im übrigen weit über den Landtag hinaus: auch die Vertreterin der Grünen im niederbayerischen Bezirkstag beispielsweise sah sich plötzlich von offiziellen Anlässen ausgesperrt.

Soweit dieser Teil des CSU-Bewußtseins. Der andere Teil offenbarte sich bei den Wahlen der berufsmäßigen Stadträte in München. Aus reinem Machtkalkül hob hier die CSU einen grünen Referenten, Georg Welsch, auf den Stuhl des Münchner Kommunalreferenten. Auf einen Posten also, der weit mehr politisches Gewicht hat als die Teilnahme bei Staatsempfängen der Bayerischen Staatsregierung.

Hier müssen sich die Münchner CSU-Stadträte schon die Frage gefallen lassen, was ihnen denn die angebliche Beleidigung ihres Parteivorsitzenden wert ist. Auslösendes Moment für die Aussperrung der Grünen war bekanntlich jene Landtagsäußerung des Abgeordneten Bäumer: „...es ist klar, daß wir in Herrn Strauß sicherlich nicht den Repräsentanten einer demokratischen Staatsordnung sehen.“ Eine Äußerung, die am 20. Mai 1987 nicht einmal vom Landtagspräsidenten gerügt worden war.

Man darf im übrigen davon ausgehen, daß angesichts der Strukturen innerhalb der CSU die CSU-Wahl des grünen Referenten bestimmt nicht ohne Rücksprache und Einwilligung von Strauß beziehungsweise seiner engsten Führungsriege erfolgt ist. Man sieht, wenn es um politische Macht geht, versteift das zarte Pflänzchen der Mimose sein Rückgrat bis zur Selbstverleugnung.

Es sei dahingestellt, ob das Bewußtsein von Strauß und der CSU nun gespalten ist oder ob sie von Haus aus mehrere Bewußtseine zu eigen haben. Aber die Vorgänge aus der letzten Woche zeigen auch, was die flammenden Töne der CSU gegen ein angeblich rot-grünes Bündnis in den Rathäusern, mit dem sie freilich weitgehend erfolglos Stimmung in den Kommunalwahlkämpfen zu machen versucht hat, tatsächlich wert sind. Der erste berufsmäßige Stadtrat der Grünen in Bayern wurde mit den Stimmen der CSU gewählt. Auch die Schwesterpartei CDU wird dies mit Wonne sehen, wenn ausgerechnet ihre noch konservativeren Freunde bundesweite Vorreiterrolle für das „schwarz-grüne“ Bündnis übernehmen, das in München mit der Wahl eines Referenten/Dezernenten eine ganz neue Qualität bekommen hat.

Auch wir Sozialdemokraten wüßten gerne, woran wir jetzt sind, Herr Strauß. Und die Bürger Bayerns hätten auch gerne Auskunft: Hat die Münchner CSU-Linie für ganz Bayern Modellicharakter?

(-/17.3.1988/rs/ks)

DOKUMENTATION
=====

Björn Engholm: Gemeinsame Sicherheit bedeutet gemeinsames Leben

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, betonte auf einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik über deutsch-deutsche Städtepartnerschaften am 15. März in Lübeck das Erfordernis, den Entspannungs- und Abrüstungsprozeß fortzusetzen. Wir veröffentlichen Auszüge aus seiner Rede.

Für die Menschen in Deutschland gibt es keine Alternative zur Fortsetzung der Entspannungspolitik. Wir benötigen dazu eine Außenpolitik, die sich vom Gegeneinander der Systeme und Blöcke löst und die Verantwortungsgemeinschaft aller Staaten fördert. Wir brauchen eine Sicherheitspolitik, deren neue Philosophie auf Sicherheitspartnerschaft zielt.

Gemeinsam verantwortete Sicherheit erfordert den Vorrang der Politik vor jeder nur militärisch-technischen Betrachtungsweise des Ost-West-Verhältnisses.

Daß Kriegsverhütung auch mit weniger Rüstungspotential möglich ist, zeigt das INF-Abkommen.

Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg durchbricht dieses Abkommen die Dynamik der Aufrüstung an einem wichtigen Punkt. Es werden nicht nur Obergrenzen für weitere Aufrüstung festgelegt, sondern bereits vorhandene Waffen beseitigt. Nicht die militärtechnische Quantität der Beseitigung von 1.752 sowjetischen und 859 amerikanischen landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen ist vielleicht das Entscheidende, sondern die kaum zu überschätzende politische Qualität, daß sich die Supermächte in diesem Abkommen erstmals von dem Wahn befreit haben, Sicherheit könne auch im atomaren Zeitalter so gegeneinander errüstet werden.

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stehen damit an einem historischen Wendepunkt. Wir alle müssen dazu beitragen, daß durch eine neue Phase der Entspannungspolitik die Chancen für weitere Verständigungs- und Abrüstungsmöglichkeiten genutzt werden.

Die Geschichte Europas kann geradezu als eine Geschichte seiner Kriege beschrieben werden. Die Folge des Zweiten Weltkrieges war die Spaltung Europas und im Herzen davon Deutschlands und der Beginn einer verhängnisvollen Rüstungsspirale. Doch alles Aufrüsten hat nicht dazu beigetragen, uns allen das Gefühl von mehr Sicherheit zu vermitteln.

Ein Umdenken ist erforderlich. Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung durch Nuklearwaffen kann niemand mehr siegen. Vernunft und das vitale Interesse am Überleben verlangen, den potentiellen Gegner als unentbehrlichen Partner der gemeinsamen Sicherheit zu betrachten. Unter diesem Gesichtspunkt erstreben wir die Stabilität Europas.

Durch den Abschluß des INF-Vertrages kommen jetzt auf Europa, auf die europäischen Regierungen, besondere Aufgaben zu.

Dazu gehört, daß wir das Angebot des Generalsekretärs Gorbatschow, über konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zu verhandeln, ernst nehmen. Dieses Angebot erfordert zähe Verhandlungen, die letztlich in Verträgen konkretisiert werden müssen. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg scheint ein Durchbruch in der europäischen Friedenspolitik möglich. Diese historische Chance müssen wir nutzen.

Frieden in Europa bedeutet auf absehbare Zeit keineswegs Überwindung der Teilung in zwei Bündnissysteme. Vielmehr setzt Frieden voraus, daß beide Seiten die Existenzberechtigung der anderen anerkennen und von der grundsätzlichen Friedensfähigkeit der anderen Seite ausgehen. Das bedeutet Gewaltverzicht und Bereitschaft zur Koexistenz.

Gravierende Unterschiede der Gesellschaftsordnungen zwischen Ost und West dürfen nicht geleugnet werden. Aber die Systeme müssen sich in ihrer Existenz akzeptieren und in einen ausschließlich gewaltlosen und friedlichen Wettbewerb eintreten. Die Menschen auf beiden Seiten können vielfältigen Nutzen aus verstärkter Kooperation ziehen.

Wir reden nicht von Harmonie, wir sind keine Phantasten. Aber die Idee einer Streitkultur muß nicht nur im Innern, sondern auch im Miteinander von Staaten Gültigkeit haben.

Das Denken in Feindkategorien und in den Kategorien des Sieges ist überholt. Die Erkenntnis, daß im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung durch Atomwaffen niemand mehr siegen kann und daß deshalb die Vernunft und das vitale Interesse am Überleben verlangen, den potentiellen Gegner als unentbehrlichen Partner der gemeinsamen Sicherheit zu betrachten und zu behandeln, ist Voraussetzung für friedliches Miteinander in der Zukunft. Sicherheit ist unteilbar!

Gemeinsame Sicherheit ist gleichbedeutend mit gemeinsamem Leben. Die Aufklärung über diese Zusammenhänge ist notwendig, nur Vernunft sichert uns allen eine Zukunft.

Ein Gebot der Vernunft heißt: Frieden in Europa ist nur durch Stabilität in den heutigen Grenzen möglich. Damit ist das Ziel einer deutschen Einheit nicht aufgegeben, aber es ist dem Interesse an Frieden und Gewaltlosigkeit untergeordnet. Wir respektieren die europäische Landkarte.

„Nicht Einheit, sondern Gemeinsamkeit heißt der Schlüssel der deutschen Chancen“, sagt Egon Bahr und schreibt damit seinen „Wandel durch Annäherung“ konsequent fort.

Städtepartnerschaften sind wichtige Schritte zu dieser Annäherung. Ihnen müssen auf allen gesellschaftlichen Ebenen weitere folgen. Sie alle tragen dazu bei, daß der Wandel von Gegnern zu Partnern voranschreitet. Sicherheit in Europa ist ein gemeinsames Projekt der Menschen in Ost und West. Wir können heute den Weg zu diesem faszinierenden Ziel mitgestalten.

(-/17.3.1988/rs/ks)

* * *